

CIVIS

01 — 2014

Quo vadis, CDU?

Peter Tauber im Gespräch mit Axel Wallrabenstein

Ist die Union noch Volkspartei?

Regina Görner im Diskurs mit Oliver D'Antonio

Es bleibt dabei: Volkspartei CDU

Peter Radunski über die Zukunft der Union

Standpunkte

von Jens Spahn, Thomas Rachel, Dorothee Bär,
Gottfried Ludewig, Katrin Schütz, Martin Röckert,
Ronja Schmitt und Sabine Pokorny

Im Portrait

Kristina Eichhorst, Thorsten Alsleben
und Johannes Steiniger

CIVIS & SONDE



1 / 2014

D 5,- EUR

WWW.CIVIS-MIT-SONDE.DE



Thomas Rachel

Werte in der Union

Die Hoffnungsbotschaft des christlichen Glaubens hat unsere abendländische Kultur über viele Jahrhunderte tief und nachhaltig geprägt. Insbesondere unser geschichtliches und kulturelles Selbstverständnis in Deutschland wäre ohne unser christliches Erbe weder denkbar noch verständlich. Nach diversen Säkularisierungsschüben und gesellschaftspolitischen Umbrüchen stehen wir heutzutage zunehmend vor der Frage, ob diese christlichen Wertgrundlagen auch in unserer Partei noch Geltung beanspruchen und in ihrer Bedeutsamkeit auch den jüngeren und

nachfolgenden Generationen als wesentlich weitervermittelt werden können. Und diese Frage gilt es aus vollem Herzen zu bejahen.

Den Vätern und Müttern der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands stand noch drastisch vor Augen, was mit einer Politik, einem Staat und einer ganzen Gesellschaft geschehen kann, wenn diese ihre christlich-kulturellen Wertgrundlagen und geistigen Wurzeln verlieren. Im Berliner Gründungsauftrag vom 26. Juni 1945 heißt es klar und unmissverständlich:

„Heute stehen wir vor einer furchtbaren Erbschaft, vor einem Trümmerhaufen sittlicher und materieller Werte.“ Und als hier noch inmitten der Trümmer und Verwüstungen des gerade zu Ende gegangenen Zweiten Weltkrieges davon gesprochen wurde, dass eine neue Ordnung in demokratischer Freiheit nur erstehen könne, wenn man sich auf die „kulturgestaltenden sittlichen und geistigen Kräfte des Christentums“ besinnen würde, so waren das mitnichten irgendwelche leeren Floskeln. Hier fanden vielmehr grundstürzende Existenz Erfahrungen einer ganzen geschundenen Generation ihren Ausdruck, insbesondere auch demütige Rückbesinnung auf die wahren Werte der Menschlichkeit und neue Hoffnungskraft inmitten von Schuld, Leid und Tod. Man hatte noch unmittelbar vor Augen, wohin die Vergottung eines, wie es im Berliner Gründungsauftrag heißt, „verbrecherischen Abenteurers“ und eines politischen Totalitarismus geführt hatten. Demgegenüber sollte die Verantwortung vor Gott und den Menschen zum selbstverpflichtenden Maßstab einer neuen politischen Kultur im Zeichen des Schutzes, der Achtung und Beförderung der Rechte und der Würde eines jeden Menschen werden. Was für ein ambitioniertes Ziel, was für ein Zeichen von Hoffnungskraft und Neubeginn in der Stunde „Null“, wo noch das „Chaos von Schuld und Schande“ herrschte!

Bis heute hat dieser wegweisende Gründungsimpuls der Union nichts an Aktualität eingebüßt. Auch wenn sich die Zeiten geändert haben mögen und wir heutzutage vor völlig neuen Herausforderungen und Problemen stehen, so hat sich doch der Anspruch, eine Politik auf der Grundlage der aus dem christlichen Glauben ableitbaren Werte und des christlichen Menschenbildes zu gestalten, bewährt. Hierbei gilt es allerdings zwei übliche Missverständnisse auszuräumen. Erstens: Das Gegenargument, wir lebten doch mittlerweile – im Gegensatz zu unseren Großvätern und Großmüttern – in weitgehend säkularisierten Zeiten, ist bei genauerer Betrachtung nicht besonders stichhaltig. Denn die These einer vermeintlich unaufhaltsam fortschreitenden, gesellschaftlichen Säkularisierung ist selbst wiederum kritisch zu hinterfragen, insofern damit der Rückgang des religiösen Bewusstseins insgesamt gemeint sein soll. Genaugenommen erleben wir aber auch in den westlich geprägten, freien und pluralistischen Ländern der Welt eine regelrechte Renaissance von Religion, nur dass diese weniger als in

früheren Zeiten fest umrissene oder eindeutig identifizierbare, institutionalisierte Formen der persönlichen, religiösen Bindung annimmt. Das passt übrigens gut zum versöhnlichen Charakter, dass das „C“ im Parteinamen von Anfang an ausgedrückt hat. Denn das „C“ in den Unionsparteien wird seit jeher ja nicht im Sinne religiöser Abgrenzung begriffen, sondern als offene Einladung an alle, die sich mit diesen universalen Grundwerten identifizieren können.

»Eine Politik, die man also schlicht und einfach ‚christlich‘ nennen könnte, wird es nicht geben können.«

Zweitens: Es wäre aus diesem Grunde völlig unzureichend, wenn man annähme, das „C“ im Parteinamen ließe sich in irgendeiner Weise ideologisch fixieren, thematisch auf bestimmte Bereiche exklusiv engführen oder gar als Monopolanspruch bewerben. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Und wer diesen entscheidenden, gedanklichen Schritt – diesen gewissermaßen geistlich-theologischen Vorbehalt – überspringt oder nicht nachzuvollziehen bereit ist, landet früher oder später, quasi automatisch, im Bereich der politischen Ideologie, des bloßen Utopismus oder in den abgeschotteten Biotopen irgendwelcher Splitter- oder Lobbyparteien. In der Präambel des aktuellen Grundsatprogrammes der CDU Deutschlands wird dieses unverwechselbare christlich-demokratische Identitätsbewusstsein darum auch treffend und zeitlos gültig ausgedrückt: „In einer sich ändernden Welt bleibt es unser Auftrag, Werte und Wirklichkeit zusammen zu denken und entsprechend zu handeln. Die Einsicht in die Fehlbarkeit des Menschen bewahrt uns vor der Gefahr, Politik zu ideologisieren und zeigt uns die Grenzen der Politik auf.“ Eine Politik, die man also schlicht und einfach „christlich“ nennen könnte, wird es nicht geben können. Eine direkte Umsetzung der Bibel in die Politik ist eben nicht möglich, weil sie ein Glaubensbuch und kein politisches Lehrbuch ist. Und die Erfahrung lehrt überdies, dass auch die Orientierung politischer Lösungen an christlichen Grundwerten meist nicht ausschließlich zu einem einzigen Ergebnis führt, das als christlich begründete Position gelten könnte.

Als Christinnen und Christen können und müssen wir darum im Raum der Politik immer wieder gemeinsam um die besten Lösungswege ringen, und dies im Bewusstsein der eigenen Fehlbarkeit und Unvollkommenheit. Der eigentliche Sitz im Leben dieser immer wieder notwendigen Rückbesinnung auf unsere im christlichen Menschenbild wurzelnden Grundüberzeugungen und Wertvorstellungen ist der direkte politische Alltag selbst – mit all seinen Höhen und Tiefen. Die Last der bisweilen sehr großen ethischen Verantwortung, die wir zum Beispiel als Gesetzgeber im Deutschen Bundestag haben, steht dabei immer klar vor Augen. Und das lässt dann übrigens nicht selten eher demütige als triumphalistische Gefühle aufkommen. Denn die Komplexität und Tiefe der Probleme, mit denen wir es in der Politik zu tun haben, weisen uns immer wieder auch schmerzlich an unsere Grenzen. Man könnte auch formulieren: Würde und Bürde gehören bei der Selbstverpflichtung auf das „C“ im Parteinamen untrennbar zusammen.

Das „C“ als entscheidender Wesenskern und identitätsbestimmender Faktor der Union gleicht – um einen bekannten Vergleich von Helmut Thielicke zu verwenden – eher einem Kompass zur politischen Orientierung für die erst noch selbst zu

findenden Wege. Diese „Orientierungshilfe“ darf insofern auf gar keinen Fall mit dem Ziel selbst gleichgesetzt oder verwechselt werden. Sie ist aber sehr wohl der entscheidende Motor. Und genau darin liegt der eigentliche Schatz der zwar oft beschworenen, aber nicht selten unverstandenen Rede vom christlichen Menschenbild und den christlichen Werten.

Letztlich geht es hier aber immer um die entscheidende Glaubens- und Existenzgewissheit derer, die in der Politik aktiv und bewusst Verantwortung übernehmen. Es geht nicht um Sonntagsreden und abstrakte Wertediskurse, sondern um konkretes Engagement aus dem Geiste des Evangeliums heraus, und das Tag für Tag, und zwar in aller Vorläufigkeit, in aller Fehlerhaftigkeit, aber auch mit allem Mut, aller Zuversicht und aller Hoffnungskraft.

Als Christen in der Politik wissen und erfahren wir uns immer in einer lebendigen, zweifachen Verantwortung, zum einen in der Verantwortung vor den Menschen, von denen wir unser politisches Mandat auf Zeit verliehen bekommen haben, zum anderen aber zugleich immer auch in der letzten Verantwortung vor Gott. Und auf dieses Verantwortungsbewusstsein kommt es entscheidend an.

**»Würde und Bürde
gehören bei der Selbst-
verpflichtung auf
das ‚C‘ im Parteinamen
untrennbar zusammen.«**

Thomas Rachel MdB

ist seit 2005 Parlamentarischer Staats-
sekretär bei der Bundesministerin für Bildung
und Forschung.

Er ist Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeits-
kreises (EAK) der CDU Deutschlands.

